Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 12

Vorwort: Neutral für wen?

Autor: Révész, Laszlo

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut, Bern

6. Jahrgang, Nr. 12 | Erscheint alle zwei Wochen | BERN, 9. Juni 1965

Neutral für wen?

Vom 14. bis 23. Mai besuchte eine PdA-Delegation unter Leitung von Generalsekretär Edgar Woog die Sowjetunion. Ueber den Aufenthalt und die Gespräche mit führenden Persönlichkeiten der KPdSU wurde ein Communiqué veröffentlicht («Prawda», 25. 5.), in welchem es unter anderem heisst:

«Die Vertreter beider Parteien erklärten ihre völlige Solidarität mit dem heldenhaften vietnamischen Volk ... Zur Lage in Zentraleuropa wurde eine Gesundung gefordert, da die westdeutschen Revanchisten, welche die heutigen Grenzen in Europa nicht anerkennen wollen, den Besitz von Kernwaffen anstreben ... Die Delegation der PdA erklärte ihre vollständige Unterstützung für die Thesen des Communiqués des konsultativen Treffens von Vertretern 19 brüderlicher Parteien, das vom 1. bis 5. März in Moskau stattfand ...»

Neutralität auf sowjetisch: «Demilitarisierung und Neutralisierung im Völkerrecht», ein Buch von B. M. Klimenko, Moskau 1963.

Der Text ist inhaltlich nicht weiter von Belang. Er zeugt im üblichen Rahmen vom politischen und aussenpolitischen Engagement dieser Partei. Aber gerade das gibt uns Gelegenheit, daran zu erinnern, dass die PdA den Kampf für Neutralität zu ihren spezifischen Anliegen zählt. Liest man Erklärungen der Parteifunktionäre oder das geltende Parteiprogramm aus dem Jahre 1959, so sieht man immer wieder die Forderung nach «echter Neutralität» (zum Beispiel E. Woog in der «Prawda» vom 24. 10. 1964: 20 Jahre der Schweizerischen PdA). Auch im Glückwunschtelegramm des KPdSU-Zentralkomitees zum 20jährigen Bestehen der PdA, 1961, wurde ihr der Einsatz für die «richtige Neutralität» des Landes bescheinigt. Aehnlich verhält es sich übrigens mit der KP Oesterreichs, was sich auch aus ihrem soeben abgehaltenen 19. Parteikongress ergab.

Was versteht nun die zeitgenössische marxistisch-leninistische Theorie unter Neutralität? Von der Gesetzgebung der neutralen Staaten wird die Garantie gefordert, dass nicht nur der Staat, sondern auch der einzelne Staatsbürger in internationalen Problemen eine neutrale Haltung einnehme (vgl. G. Hajdu: «Die Neutralität im Kalten Krieg», Budapest, 1963). Die Zeit der klassischen Neutralität wird als abgelaufen betrachtet, da diese mit dem Krieg verbunden sei, der heute als Verletzung des Völkerrechts gilt. Deshalb müsse ein neuer Inhalt für die Friedenszeit erarbeitet werden (zum Beispiel S. Beglow in der «Prawda» vom 19. 4. 1965). Die Verschiebung wird in Richtung auf eine «positive Neutralität» gesehen, die «zur Einflusserweiterung des sozialistischen Weltsystems beitragen kann» (vgl. Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo», Nr. 12/1963). So aufgefasst, werde die Neutralität eine positive Rolle spielen.

Nun wird der Begriff der Neutralität in kommunistischer Definition ähnlich gehandhabt wie andere politische Begriffe. Beispielsweise die Aggression. Wenn beispielsweise Indonesien Malaysia angreift, so ist Malaysia der Aggressor, denn die Definition der Aggression hängt nicht vom Tatbestand ab, sondern vom Klassencharakter der Beteiligten. Wer seinem Klassencharakter nach aggressiv sein muss, darüber befindet die KP. (Beim Vorliegen verschiedener Zentralen treten allerdings Verschiedenheiten auf. So hat man bezüglich des sino-indischen Grenzkonflikts in Moskau und Peking unterschiedliche Auffassungen.)

Beim Begriff der Neutralität lässt sich der widersprüchliche Gebrauch gleich in mehrfacher Hinsicht feststellen. Während die Neutralität für die bürgerlichen Staaten als fortschrittlich propagiert wird, schreibt das rumänische Strafgesetz vom 21.7.1958, Artikel 187, für die «Begehung von Handlungen, die den rumänischen Staat in eine Neutralitätserklärung verwickeln können», die Todesstrafe vor. Ein sozialistisches Land darf niemals neutral sein; die Kommunisten also, welche einen bürgerlichen Staat in einen neutralen Status führen wollen, oder sich für die Aufrechterhaltung eines neutralen Status einsetzen, machen dies nur vorübergehend. Wenn aber, ihrem Ziel gemäss, der «Sozialismus» errichtet wird, darf der Staat nicht mehr neutral bleiben.

Ferner: Während die kommunistische Fachliteratur und die KP-Angehörigen selbst eine neutrale Haltung seitens der gewöhnlichen Staatsbürger verlangen, dürfen die Kommunisten der neutralen Staaten keine neutrale Haltung einnehmen. (Sie tun es auch nicht, wie das Beispiel der PdA beweist.) Sie müssen für das «sozialistische Lager» und für die politische Linie der für sie massgebenden Macht Partei ergreifen. Dem gewöhnlichen Staatsbürger wird das Recht abgesprochen. Stellung zu «Ost-West»-Fragen zu nehmen. Der Kommunist dagegen muss auf Grund von Parteiprogramm und Parteistatuten offen Stellung beziehen und sich für die angegebenen Ziele einsetzen, auch in aussenpolitischen Belangen.

Laszlo Révész

In dieser Nummer

Irritierte Demokraten in Lateinamerika 2/3
Informationen in Kürze 4
Moskauer Sommer 1964 5-8
Shaw und Marx 9
Ulbricht fälscht Geschichte 10
Peter Sager berichtet aus Beirut . . 11
Wenn es Zeit wird 12